



Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Positionpapier – Juli 2014

"Bei der WWU geht es um weitaus mehr als das, was derzeit diskutiert wird. Ohne sie kann das Vertrauen in das Projekt Europa nicht wiederhergestellt werden. Nur mit ihrer Vollendung und vollständigen Umsetzung werden Investitionen gefördert und Beschäftigung und Wachstum angekurbelt."

Joost van Iersel, Mitberichtersteller für die Stellungnahme zum Thema "Vollendung der WWU – nächste europäische Legislaturperiode"

Einleitung

Wohlstand, Stabilität und mehr Lebensqualität für die Unionsbürger sollten das Ziel der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sein. Mit dieser Vision haben die EU-Staats- und Regierungschefs 1992 in Maastricht die WWU errichtet und 1999 den Euro eingeführt.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Europa jedoch bis ins Mark erschüttert und systemische Mängel im Konzept der WWU offengelegt: Eine aus strukturell unterschiedlichen Ländern bestehende Wirtschafts- und Währungsunion ohne eine gemeinsame Haushalts- und Wirtschaftspolitik konnte der Belastung nicht standhalten.

Nach Auffassung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) sind eine vollständige Bankenunion und eine gemeinsame wirtschafts- und fiskalpolitische Beschlussfassung in Verbindung mit einer gestärkten sozialen und politischen Säule erforderlich, um die systeminhärenten Widersprüche zu beseitigen. In einer zukunftsgerichteten Stellungnahme umreißt der EWSA einen Fahrplan für die künftige Kommission und das neu gewählte Parlament. Er fordert die Vollendung der WWU, um das Vertrauen wiederherzustellen und die notwendigen Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Investitionen zu schaffen.

Halbherzige politische Reaktionen der EU auf die Krise

Als Reaktion auf die Krise hat die EU verschiedene Veränderungen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und der haushaltspolitischen Überwachung vorgenommen. Zweierpaket, Sechserpaket, Fiskalpakt und Europäisches Semester sind zwar allesamt wichtige Maßnahmen, aber sie müssen neu austariert und von den Regierungen besser umgesetzt werden. Außerdem müssen die nationalen Parlamente, die Sozialpartner und die zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker am Europäischen Semester zur politischen Koordinierung beteiligt werden; das derzeitige Verfahren ist zu technokratisch und nicht transparent und demokratisch genug.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat 2012 seinen Bericht *"Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion"* vorgelegt, die Kommission steuerte die Mitteilung *"Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion"* bei. Der EWSA hat diesen Bericht in seinen früheren Stellungnahmen begrüßt, da er wichtige politische Elemente enthält. Er bedauert jedoch, dass er von den Regierungen ohne große Begeisterung aufgenommen wurde und warnt – auch angesichts der Ergebnisse der jüngsten Europawahl – davor, dass der Euro aufgrund der Spannungen zwischen den Regierungen nicht als eine einigende, sondern als eine trennende Kraft wahrgenommen zu werden droht, die Nationalismus schürt und die Zukunft der Union gefährdet. Hier ist rasches Handeln zur Wiederherstellung des Vertrauens gefragt, in Verbindung mit einer langfristigen Strategie für eine vollständige wirtschaftliche und politische Union. Sonst kann die WWU nicht überleben.

Der Standpunkt des EWSA: konkrete und greifbare Vorschläge auf kurze, mittlere und lange Sicht

Die Staaten Europas sind aufeinander angewiesen, um zu prosperieren. Die WWU ist für die Länder des Euroraums und für die nicht dem Euroraum angehörenden Mitgliedstaaten gleichermaßen wichtig, da in der heutigen globalisierten Welt Souveränität besser in einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Rahmen gewährleistet werden kann. Um Konvergenz zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten jedoch tiefgreifende wirtschaftliche und strukturelle Anpassungen vollziehen.

In der EWSA-Stellungnahme werden die Kernelemente eines Fahrplans für die nächste europäische Legislaturperiode vorgeschlagen, in dem die mit konkreten Fristen versehenen notwendigen Schritte umrissen werden, um die WWU zu einer Wachstums- und Beschäftigungsunion zu machen.

Ein sofortiger Wachstums- und Beschäftigungsplan

Die EU kann eine Reihe dringend notwendiger Schritte ohne Änderungen des geltenden Rechts vornehmen. Der erste Schritt muss ein echter europäischer Wachstums- und Beschäftigungsplan sein, der mit öffentlichen und privaten Geldern finanziert wird: ein europäischer "New Deal", der die Rückzahlung der Schulden ermöglicht. Er sollte Folgendes beinhalten:

- die Ausgabe von Eurobonds der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen Investitionsfonds zwecks Finanzierung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie von Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Umwelt usw.;
- öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten – auch im Sozialbereich – zur Hebelung privater Finanzierungen;
- Übergang von einer reinen Sparpolitik zu gemeinsam vereinbarten Reformen, um nachhaltiges Wachstum und eine Steigerung der Produktivität zu ermöglichen;
- Flankierung der WWU-Steuerungsregeln durch abgestimmte Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung sowie im sozialen Bereich;
- volle Umsetzung der nationalen Reformprogramme unter uneingeschränkter Mitbeziehung der Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters; dies sollte von den nationalen Parlamenten, den zivilgesellschaftlichen Interessenträgern und der Kommission überprüft und überwacht werden.

"Die WWU in ihrer derzeitigen Form ist ein rechtlich und wirtschaftlich anachronistisches Konstrukt, das sich angesichts der Krise als völlig unwirksam erwiesen hat. Wir schlagen daher vor, in den nächsten fünf Jahren die fehlenden Säulen zu errichten. Dies ist eine echte Herausforderung für alle Europäer. Werden die Politiker dieser Herausforderung gewachsen sein?"

Carmelo Cedrone, Mitberichtersteller für die Stellungnahme zum Thema "Vollendung der WWU – nächste europäische Legislaturperiode"

Während der nächsten Legislaturperiode: ein auf vier Säulen beruhender Ansatz

Die Vorschläge des EWSA für die nächsten fünf Jahre erfordern möglicherweise Änderungen der EU-Verträge, die deutlich erklärt und mutig umgesetzt werden müssen. Eine vollständige und nachhaltige WWU muss auf vier Säulen aufgebaut sein:

1. Die geldpolitische und finanzielle Säule sollte auf einer echten Bankenunion für einen gesamteuropäischen Kapitalmarkt basieren, mit der die Steuerzahler vor den Folgen übermäßiger Risikobereitschaft geschützt werden. Die Entscheidungsverfahren im einheitlichen Aufsichtsmechanismus und Abwicklungsmechanismus müssen beschleunigt werden. Die Europäische Zentralbank sollte volle Autonomie und den gleichen Status wie andere Zentralbanken außerhalb des Euroraums erhalten, als Kreditgeber letzter Instanz fungieren und nicht nur Finanzstabilität gewährleisten, sondern auch Wachstum und Beschäftigung unterstützen. Diesbezüglich muss die Kreditvergabe – insbesondere für Unternehmensgründungen und KMU – Priorität haben.

2. Die wirtschaftliche Säule (makro- und mikroökonomische Politik). Der EWSA fordert eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung für den Euroraum. Die Kommission sollte ihren Vorschlag für bindende Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und damit verbundene Solidaritätsmechanismen weiterentwickeln, um die Beziehungen zwischen den nationalen Wirtschaftssystemen zu stabilisieren und eine Reaktion der EU auf länderspezifische asymmetrische Schocks vorzusehen. Solche mit der notwendigen demokratischen Legitimierung umgesetzte Partnerschaften würden den Zusammenhalt und das Vertrauen in der Bevölkerung stärken, was für die Überwindung der Bedenken bezüglich der nationalen Souveränität von zentraler Bedeutung ist.

Mittelfristig sollte im Euroraum auch der Weg zu Eigenmitteln (Haushalt des Euroraums) aus spezifischen Steuern oder Abgaben beschritten werden, um im Falle asymmetrischer Schocks schwächere Staaten und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen unterstützen zu können. Schließlich sollte die Kommission angesichts der jüngst vorgelegten Schlussfolgerungen ihrer Expertengruppe einen Vorschlag für den Abbau der Staatsverschuldung vorlegen. Dabei sollen die nationalen Behörden nicht ihrer Verantwortung entbunden, sondern der Einfluss der FinanzspekulantInnen bekämpft werden. Der EWSA fordert die Kommission auf, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und die notwendigen Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, einen Zeitplan vorzulegen und eventuell notwendige Vertragsänderungen anzugeben.

Auf mikroökonomischer Ebene sind industrie- und sektorspezifische Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum in der EU von zentraler Bedeutung. Entscheidungen in Bereichen wie Energie, Verkehr, Forschung, Unternehmensbesteuerung, Arbeitsmarkt und Mobilität der Arbeitskräfte beeinflussen die nationalen Haushalte und sollten deshalb nach Maßgabe eines gemeinsamen Ansatzes getroffen werden.

Alles in allem wird in der Stellungnahme festgestellt, dass "eine gemeinsame Währung bei einer getrennten Wirtschaftspolitik (...) für den Euroraum nicht mehr haltbar" (ist).

3. Die soziale Säule. Die WWU braucht auch eine starke Sozialpolitik. Die Europa-2020-Strategie strebt integratives Wachstum an, d.h. die Abfederung der sozialen Auswirkungen der Wirtschaftsreformen. Die Jugendarbeitslosigkeit z.B. ist ein Riesensproblem. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen gemeinsam Verantwortung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen übernehmen. Es muss gehandelt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen, Bildungs- und Gesundheitswesen zu reformieren, Verbraucherrechte zu schützen, Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen usw. Der soziale Dialog auf allen Ebenen ist unabdingbar.

4. Die politische Säule. Die EU und insbesondere der Euroraum brauchen mehr Demokratie und Rechenschaftspflicht, um das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen. Der gesamte Integrationsprozess steht auf dem Prüfstand, und die Menschen wollen, dass ihre Stimme gehört wird. Die Eurogruppe sollte die institutionelle Vertretung der Mitgliedstaaten des Euroraums werden, die mit einer Stimme sprechen, rasch handeln und zur Vermeidung von Krisen eingreifen kann. Ihre Maßnahmen sollten der Kontrolle der Mitglieder des Europäischen Parlaments im Euroraum (Euro-Parlament) unterliegen. Die zur Vollendung der WWU notwendigen Entscheidungen können auch im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit getroffen werden.

Langfristiger Orientierungspunkt einer umfassenden politischen Union

Langfristig muss nach Auffassung des EWSA ernsthaft darüber nachgedacht werden, wie die Integration der EU insgesamt vertieft werden kann. Ein neuer Konvent sollte eingesetzt werden, um die institutionelle Ordnung der EU neu auszurichten, wobei die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf der Grundlage europaweiter Listen grenzüberschreitender Parteien gewählt, der Kommissionspräsident aus Direktwahlen hervorgehen und der Rat in einen "Senat der Staaten" umgewandelt werden könnte. Dieser Rahmen könnte auch für die Neufestlegung der politischen Zuständigkeiten und der Handlungsbefugnisse der EU bei Verstößen der Mitgliedstaaten gegen ihre Verpflichtungen dienen. Der Konvent sollte seine Arbeiten vor den nächsten Europawahlen 2019 abgeschlossen haben.

Kommunikation und Vereinfachung

Für die Wiedergewinnung von Vertrauen ist gute Kommunikation unerlässlich. Soziale Medien könnten beispielsweise aktiver eingesetzt werden, um mit den Bürgern in Kontakt zu bleiben und die Vorteile der europäischen Integration zu erläutern.

Viel zu lange führten in der Debatte über die WWU Fachleute das Wort, obwohl es um grundlegende politische Fragen von großer Bedeutung für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger geht. Der EWSA besteht darauf, dass die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner eine wichtigere Rolle in der Kommunikation erhalten: sowohl bei der Information der Bürger und Unternehmen, als auch bei der Übermittlung von deren Standpunkten an die EU-Institutionen.

"Europa sollte nicht mehr länger den – in breiten Teilen der Öffentlichkeit entstandenen – Eindruck eines Elfenbeinturms vermitteln. Das sogenannte neue Narrativ für Europa sollte mit einer gemeinsamen Kommunikations- und Vereinfachungsstrategie der Kommission, der Mitgliedstaaten, der Parteien und der Zivilgesellschaft beginnen", so das abschließende Fazit der Stellungnahme.

Weitere Informationen

Themenseite des EWSA:

www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.economic-monetary-union

Stellungnahme des EWSA:

www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eco-opinions.29304

Europäische Kommission – WWU:

http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/emu/index_de.htm

Bericht "Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion":

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134206.pdf